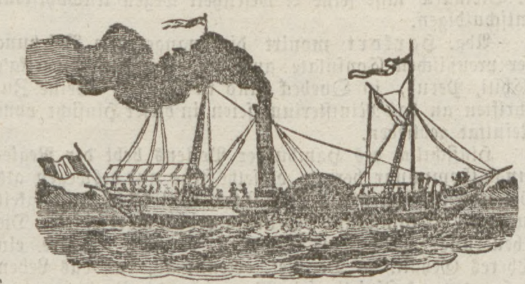
Danziger Dampfboot.

№ 290. **1863.**

Freitag, den 11. December. **34ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Donnerstag 10. December. Die Bundestagssitzung wird diese Woche am Sonnabend gehalten werden. Die „Süddeutsche Zeitung" hört, daß der König von Baiern heute in München eintreffen wird.

Triest, Donnerstag 10. December.

Die levantische Post hat folgende Nachrichten gebracht:

Athen, vom 4. d. In dem Ministerium besteht eine Spaltung; wahrscheinlich wird der Kriegs-Minister austreten. — Attika und die angrenzenden Provinzen sind von Räubereien heimgesucht.

Konstantinopel, vom 5. d. Die Antwort des Sultans auf die Einladung zum Congresse ist noch nicht abgegangen.

Calcutta, vom 8. v. Mts. Der Zustand Lord Elgins hat sich gebessert. Nach Berichten aus Japan hat der Fürst Tschuschu, Gouverneur der Provinz Nagato, sich gegen den Mikado empört. Der englische Admiral hält sich noch unthätig in Erwartung der Landungstruppen, die ihm von den chinesischen Stationen zugesagt sind.

Persien, Herat und Afghanistan vom 4. v. Mts. Mohamed Sherif Khan, ein Sohn Dhost Mohamed's, hat sich zum unumschränkten Herrscher von Herat erklärt. In Afghanistan hat die Partei Asfel Khan's Boden gewonnen. Schir Ali Khan, als Herrscher von Kandahar anerkannt, marschirt gegen die Hauptstadt. Von Mohamed Sherif Khan unterstützt, haben die Turkomannen angefangen, die persischen Grenzdistrikte arg zu verheeren. Murad Mirza, ein Oheim des Schah's, ist mit einem starken Heere gegen sie aufgebrochen. Die englische und die persische Regierung sind in dieser Angelegenheit einverstanden.

Paris, Donnerstag 10. December.

Der heutige „Moniteur" veröffentlicht die Antworten des Kaisers von Oesterreich, des Königs von Preußen, des Papstes und des Königs von Baiern auf die Einladung des Kaisers Napoleon zum Congreß.

Kopenhagen, Donnerstag 10. December.

„Dagbladet" und „Flyveposten" melden, es werde von wohlunterrichteter Seite bestätigt, daß die Unterhandlungen über ein Bündniß mit Schweden sich zerschlagen hätten.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

13. Sitzung. Mittwoch, 9. Decbr.

(Schluß.)

Bei der Berathung des Etats für das Büreau des Staatsministeriums, in Betreff des Antrages Nr. 5 der Kommission, die 31,000 Thlr. zu den geheimen Fonds abzusetzen, ergreift das Wort

Minister des Innern. Erlauben Sie mir über die abgesetzten 31,000 Thlr. einige Worte. Ueber die Zwecke dieses Fonds noch irgend etwas Neues anzuführen, ist kaum möglich. Die Bedeutung und Nothwendigkeit derselben für die Regierung glaube ich in der vorigen Session schon nachgewiesen zu haben. Trotzdem sind die Fonds abgesetzt worden. Neues weiß ich, wie gesagt, nicht anzuführen. Ich denke, daß die Majorität, welche den Fonds damals abgesetzt hat, nicht sowohl von der Entbehrlichkeit des Fonds überzeugt gewesen ist, als daß sie vielmehr eine Demonstration gegen die Regierung hat ausführen wollen, ein Mißtrauensvotum hat geben wollen. M. H., ich gebe nun zu bedenken, ob an dieser Stelle und heute es wohl an der Zeit ist, einen solchen Fonds abzusetzen, welchen die Regierung für absolut nothwendig erklärt. Sie werden sich erinnern, daß die Absetzung dieses Fonds vor 2 Jahren einer der Gründe war, aus denen das Herrenhaus seine Zustimmung zum Budget zu dem damals berathenen Etat verweigerte. Sie werden daraus ersehen, wie wichtig die Position ist für die Regierung und wie wichtig auch in den Augen eines anderen Faktors der Gesetzgebung. Wir alle wünschen ja sehnlichst, daß endlich ein Budget in regelrechter Form zu Stande komme; ich meine, es wird für den Schwerpunkt dieser Frage sich eine andere Gelegenheit und ein anderes Feld darbieten, und ich glaube, daß hier mit diesem verhältnißmäßig kleinen Posten, der aber doch von innerer großer Bedeutung ist, nicht der Anfang gemacht werden soll, die Regierung in die Lage zu versetzen, zu sagen: „Ich kann nicht zustimmen"; und das würde sie, wie gesagt, müssen. Dann, meine Herren, bleibt nichts Anderes übrig: Sie setzen diese Summe ab, die Regierung ist von der Nothwendigkeit dieser Ausgabe überzeugt und liquidirt nachher, was sie verausgabt hat, als Etatsüberschreitung; allein ich glaube, es ist nicht an der Zeit, daß die Regierung darauf aufmerksam macht, daß sie so würde handeln müssen; wir müssen daher dabei stehen bleiben, zu behaupten, daß dieser Fonds unentbehrlich für die Fortführung der Geschäfte und unentbehrlich und nothwendig für die Interessen des Landes ist, und deshalb bitte ich, Ihren vorgängigen Beschluß zu ändern und diesen Fonds, wie er im Etat ausgeworfen ist, festzustellen.

Abg. v. Vincke. Wenn er für den in Rede stehenden Fonds stimmen werde, so sei dies nicht um dem Ministerium ein Vertrauensvotum zu geben, sondern nur weil er der Ansicht sei, daß kein Ministerium ohne einen solchen Fonds existiren könne. Die Genehmigung hier verweigern, heiße die Regierung auf nicht gesetzmäßige Wege treiben.

Abg. Dr. Virchow. Die Regierung verlange diese Fonds, um dieselben zum Schaden des Staates zu verwenden, um die engsten Interessen des Hauses zu schädigen. Was bisher mit diesen Fonds geleistet, beschränke sich auf ein Paar ungeschickte Artikel im Journal des Debats und auf wenige Blätter im Innern des Landes, deren Bestreben, wie z. B. die „Norddeutsche Allg. Ztg.", hauptsächlich darauf hin gerichtet ist, die Autorität dieses Hauses herabzusetzen. Es habe sich erwiesen, daß alle diese künstlichen Produktionen keinen Nutzen gewähren, sondern nur Verwirrungen hervorrufen. Man müsse gute Politik machen, dann bedürfe man keiner geheimen Fonds.

Abg. v. Saucken (Gerdauen). Der Minister des Innern habe gesagt, daß das Interesse des Landes einen solchen Fonds erfordere. Er frage dem Minister, ob die sogenannte „Provinzial-Correspondenz", welche in neuerer Zeit den Kreisblättern beigelegt werde und mit den amtlichen Organen also gehalten werden müsse, aus diesem Fonds ebenfalls erhalten werde. Wäre dies der Fall, so würde dies ein Grund mehr für ihn sein, gegen diesen Fond zu stimmen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Virchow sagt, man müsse gute Politik machen, dann brauche man kein Organ der Presse, sie zu vertheidigen. Das klingt allerdings verlockend, ist aber nicht so. Keine politische Handlung liegt so klar und offen in ihren Motiven dar, und keine Handlung ist so unfehlbar nur dem richtigen Urtheil ausgesetzt, daß sie nicht der Motivirung bedürfte. So lange das Abgeordnetenhaus und der Landtag versammelt ist, kann die Regierung mündlich ihre Motive erstatten und die Beweggründe ihrer Handlungen darlegen, ist der Landtag aber nicht versammelt, so wird fortregiert, und das Land bedarf der Aufklärung, warum die Regierung dieses oder jenes anordnet und ausführt. Ich glaube, es würde eine große Verlegenheit für die liberale Presse sein, wenn keine gouvernementale Presse existirte.

Was der zweite Herr Redner anführte in Bezug auf die Provinzial-Correspondenz, so kann ich nur sagen, daß diese Provinzial-Correspondenz sich ganz und gar aus sich selbst ernährt. Es wird nicht ein Exemplar gratis vertheilt. Es wird darauf abonnirt wie auf jedes andere Blatt, und daß dieselbe Anklang findet, könne daraus hervorgehen, daß, so viel ich mich erinnere, über 20,000 Exemplare abgesetzt werden. Wenn der Herr Abgeordnete behauptet, die Regierung sei darin bemüht, die Ansichten und Beschlüsse des Hauses zu verdrehen, so muß ich dem widersprechen. Der ganze Grundgedanke war der, die Sachen klar zu legen, wie sie sind, und, wie die Regierung es oft gewünscht, ausgesprochen hat, die Beruhigung der Gemüther durch klare Darlegung der Verhältnisse auch auf dem Wege der Presse herbeizuführen.

Abgeordneter Wagner (Neu-Stettin). Er sei überrascht, gerade von jener Seite her einen Angriff auf diese Position zu erblicken, welche stets die Presse als eine Waffe des Geistes betrachtete. Es sei hier zwar nicht direkt ausgesprochen, dennoch aber wiederum angedeutet worden, daß die bei der regierungsfreundlichen Presse thätigen Personen „Soldschreiber" seien. Er wolle nur darauf verweisen, daß die Zahl derjenigen Personen, welche aus reiner Wahrheitsliebe für die eine oder die andere Ansicht schreiben, höchst selten seien, und daß es um die Zeitungen im Allgemeinen schlecht bestellt sei, wenn dieselben rein auf solche, freiwillige Mitarbeiter angewiesen wären. Es sei deshalb immer nothwendig, daß die Zeitungen und Zeitungsverleger ihre Mitarbeiter besolden; und aus diesem Grunde sei es nothwendig, daß auch Diejenigen, welche sich der Ansicht der Regierung angeschlossen haben, von derselben bezahlt würden.

Abg. Aßmann: Die 31,000 Thlr. seien nicht blos zur Einwirkung auf die in- „und ausländische Presse" bestimmt, sondern auch noch für andere Zwecke, welche das Licht der Oeffentlichkeit scheuen müssen. Er kenne z. B. in Berlin eine bestimmte Persönlichkeit, deren Aufgabe sei, sich in den Kreisen der Abgeordneten zu bewegen, und deren Fraktionsbeschlüsse und Aeußerungen an das Polizeipräsidium und mehre Ressortminister zu rapportiren (Ruf: Namen, Namen.) Er könne den Namen nennen, und auch Zeugen beibringen, wenn dies von kompetenter Stelle aus verlangt werde. Ob dergleichen amtliche Spionirerei im Interesse des Landes und der Regierung liege, überlasse er dem öffentlichen Urtheile.

Minister Graf Eulenburg: Es sei die in Rede stehende Summe spezifisch ein Preßfonds; die Regierung habe für das, was sie damit thue, nicht das Licht zu scheuen; begreiflicherweise wünscht sie Manches davon geheim zu halten.

Abg. v. Sybel: Der Warnung des Abg. Wagener, nicht alle Staatsangelegenheiten in das Parteitreiben zu ziehen, stimme er durchaus bei; dies sei aber auch niemals von Seiten der liberalen Partei geschehen; nie habe dieselbe die Thätigkeit der Beamten und Staatsbürger nach Partei-„Standpunkten" und nach Partei-„Rücksichten" beurtheilt, sondern immer und überall nur nach den wirklichen Bedürfnissen des Staatswesens. — Die ganze Einrichtung solcher Subsidienfonds ist aber recht eigentlich Sache des Parteiwesens, nicht aber der Staatsregierung als solcher. Die Hinweisung des Herrn Ministers und des Abg. Wagener auf die französische Presse könne ihn nicht bestimmen, diesen Fonds zu bewilligen, und ebensowenig der Umstand, daß als Motiv der Preßverordnung vom 1. Juni d. J. die „Beruhigung der Gemüther" angeführt worden sei. Wenn der Abg. Wagener meine, das englische Parlament lege in seinem Verhalten solchen geheimen Vertrauen-Fonds gegenüber eine höhere politische Bildung an den Tag, als wir, so könne er darauf nur entgegnen: „Man gebe uns ein anderes Verhältniß zwischen den Ministern und dem Parlamente, so wird das Andere auch anders werden." Was die Einwirkung auf die ausländische Presse, namentlich in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage betreffe, so stimme er mit dem Abg. Virchow überein; die auswärtige Politik der Regierung trage die Schuld daran, daß die öffentliche Meinung Europas gegen das gute Recht der Herzogthümer opponire, denn die preußische Regierung setze alle Segel bei, um die wahre Meinung der Majorität des deutschen Bundes einzuschüchtern und in ihr Gegentheil zu verwandeln (Hört, hört); auch in dieser Beziehung sei er außer Stande, der Regierung sein Vertrauen zu votiren.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Es sei ihm erwünscht, daß der Vorredner gerade die dänische Angelegenheit zur Sprache gebracht habe. Woran liege es wohl, daß in England so lange, als der Streit mit Dänemark spiele, die englischen Zeitungen immer nur die Meinung vertheidigten, welche den Anschauungen der deutschen Regierungen zuwider gewesen sei? Es liege daran, daß die dänische Regierung klug und vermögend genug gewesen, um englische Blätter zu bezahlen. Hätte die preußische Regierung Fonds, die das Zehnfache des

Verlangten betrügen, so würde vielleicht heute in England eine ganz andere Stimmung herrschen. — Wenn der Vorredner die Preßverordnung mit den geheimen Fonds in Verbindung bringe, so erwidere er darauf, daß, wenn der Regierung 300,000 Thlr. bewilligt worden wäre, sie keine Preßverordnung gebraucht haben würde, sie würde mit den Fonds dasselbe Ziel erreicht haben, wie mit der Preßverordnung.

Abg. Papendiek: Der Minister habe erklärt, daß die Provinzial-Correspondenz durch Abonnements sich selbst erhalte. In dem Kreise, welchen er vertrete, sei dies ganz entschieden nicht der Fall.

Abg. v. Saucken (Gerdauen): Er könne behaupten, daß anf die Provinzial-Correspondenz nicht, wie der Herr Minister behauptet, abonnirt werde. In seinem ganzen Kreise sei es nicht geschehen. Die Correspondenz werde selbst gegen die ernstesten Proteste dem Einzelnen aufgezwungen. Die Correspondenz enthalte ganz gewöhnliche Zeitungs-Artikel, und zwar von einer Haltung, die geeignet sei, Haß und Verachtung gegen das Abgeordnetenhaus zu erregen. Kein Minister habe das Recht, Jemandem zu befehlen, daß er eine politische Zeitung halten müsse. Er könne darin nur eine Wahlwühlerei von Seiten der Regierung erblicken, gegen welche er hiermit auf das Entschiedenste protestire. (Bravo!)

Abg. Jung: In einem Lande wo die Beamtenehre so hoch stehe wie in Preußen, wo der niedrigste Subalternbeamte, der schief angeblickt werde, dafür gerächt zu werden verlange (Heiterkeit), müsse das Rechtsbewußtsein des Volkes aufs Stärkste erschüttert werden, wenn die höchste Behörde nach der Krone tagtäglich herabgesetzt werde, wie dies die gouvernementale Presse und namentlich die Provinzial-Correspondenz thue. Der Minister meine, wenn der Dispositions-Fonds größer wäre, würde der Einfluß der Regierung im Auslande sich steigern. Er bestreite dies, und wenn der Fond auch auf 1 Million erhöht würde, der Einfluß würde nicht steigen, denn die auswärtige Politik Preußens habe sich um alle Sympathieen gebracht (hört! hört!). Wenn aber der Minister von der Wirkung der officiösen Presse im Innern spreche, so glaube er, es würden geradezu Prämien nothwendig sein, um den Leserkreis einer Presse zu erweitern (Heiterkeit).

Abg. v. Vincke-Olbendorf: Auch in seiner Gegend (in Schlesien) habe man jetzt die Preise der Kreisblätter, denen die Provinzialcorrespondenz beigelegt sei, erhöhen wollen; er habe sich in seinem Kreise dagegen erklärt.

Abg. Dr. Virchow: Die Natur des in Rede stehenden Fonds scheine in der bisherigen Debatte mißverständlich aufgefaßt worden zu sein. Es betreffe derselbe nur speciell das literarische Büreau, welches sich mit der inländischen und deutschen ausländischen Presse zu beschäftigen habe. Die Debatte, wie sie jetzt stattgehabt, habe eigentlich ihre Stelle bei dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Er gebe dem Abg. Wagener zu, daß dort der Fond für die ausländische Presse zu gering sei. Müßte er bei einer regelrechten Politik auch bedeutend erhöht werden, der gegenwärtigen Regierung würde die Erhöhung nichts nutzen. Ein einzelner Mann, ein deutscher Flüchtling, Carl Blind, habe für die Aufklärung der öffentlichen Meinung in England zu Gunsten der deutschen Rechtsansprüche gegen die dänische Regierung mehr gethan, als die preußische Regierung mit ihren Fonds je vermocht hätte. — Dem Abg. Wagener erwidere er, daß es sich hier gar nicht um die offizielle Presse handle; er wolle Niemand den Staats-Anzeiger der Regierung streitig machen, es handle sich nur um die sogenannte offiziöse Presse, die sich einmal den Anschein der Vertretung der Regierungs-Ansichten gebe und ihn dann wieder gelegentlich ableugne, die einmal den Standpunkt der einzelnen Ressortminister vertheidige und das andermal perhorrescire, wie dies z. B. hinsichtlich der neulichen Erklärung des Ministers des Innern in Bezug auf die Mitverantwortlichkeit der Beamten wegen ihrer Abstimmung bei den Wahlen geschehen sei (Hört, Hört). Er bestreite ferner die Angabe des Abg. Wagener, daß die englische Regierung vom Parlamente so erhebliche Summen zur Subvention der Presse bekomme und halte diese Angabe nur für eine Fiction.

Minister Graf Eulenburg: Er müsse hervorheben, daß es verschiedene Arten Kreisblätter gebe, einmal solche, die durch Beschluß des Kreistages zu Stande gekommen sind und aus Kreisfonds erhalten weiden, und zweitens solche, die sich in den Händen von Unternehmern befinden und wegen Aufnahme politischer Artikel ebenso cautionspflichtig seien, wie jedes andere politische Blatt. Diese seien zwar reine Privat-Unternehmungen, zugleich aber doch auch amtliche Blätter, indem sie einem Privat-Abkommen gemäß, einen amtlichen Theil, bestehend in amtlichen Erlassen und Publicationen, enthielten. Nehme ein Kreisblatt erster Art politische Artikel auf, so trete es dadurch in die Reihe der cautionspflichtigen Blätter; dies geschehe namentlich auch durch Aufnahme oder Beilage der Provinzial-Correspondenz, auch diese begründe die Cautionspflichtigkeit.

Abg. v. Mitschke-Collande: Was er sage, sei stets seine wirkliche Meinung. Im Uebrigen würde ein Ministerium aus den Reihen der Gegner auch bald anderer Ansicht werden, wie denn z. B. das Ministerium der neuen Aera die öffentlichen Blätter nur anfänglich für sich, gar bald aber entschieden gegen sich gehabt und gerade deswegen Werth anf den Besitz einer officiösen Presse gelegt habe; die „Stern-Zeitung" sei bekanntlich das selbstgeschaffene Organ der neuen Aera gewesen.

Abg. v. Sybel: Er habe allerdings nur einen allgemeinen Schluß aus der Aeußerung des Abgeordneten Wagener gezogen. Wenn man aber ein Mal englisches Staatswesen bewundere, so möge man sich auch für alles Englische begeistern, und wenn im Jahre 1862 der Herr Ministerpräsident gesagt habe, gebt uns ein englisches Unterhaus, so werdet ihr englische Zustände haben, so sage er heute: gebt unserm Abgeordnetenhause das Budgetrecht des englischen Unterhauses, so werden wir Euch auch mit englischer Bereitwilligkeit die geheimen Fonds bewilligen. So wenig man aber in Kopenhagen sich entschließen würde, geheime Fonds im Interesse des Erbprinzen von Augustenburg zu bewilligen, eben so wenig könne er für die Bewilligung der von der gegenwärtigen Regierung vorgelegten 31,000 Thlr. stimmen.

Der beantragte Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Commissionsantrag wird — dagegen die Stimmen der Conservativen — angenommen.

Die Etats der Archive, der General-Ordens-Commission, des Geh. Civilkabinets, der Oberrechnungs-Kammer, der Oberexaminations-Kommission und des Disciplinarhofes und des Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenzkonflikte werden den Anträgen der Commission gemäß festgestellt. —

Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bemerkt Regierungs-Commissar Geh. Legations-Rath Theremin: Der Herr Minister-Präsident v. Bismarck lasse seine Abwesenheit wegen Unwohlseins entschuldigen.

Abg. Harkort monirt die mangelhafte Besetzung der preußischen Consulate auf der Westküste Amerika's (Chili, Peru), in Quebeck und in Japan. Seine Zuschriften an das Ministerium seien in dieser Hinsicht ohne Resultat geblieben.

Hinsichtlich des Hamburger Postens hebt der Regierungs-Commissar hervor, derselbe stehe nur deswegen als Gesandten-Posten auf dem Etat, weil seine Wichtigkeit durch die Zeitumstände bedeutend erhöht worden sei. Die Theuerung, welche in Hamburg herrsche, fordere ein höheres Gehalt. — Der Ref. erkennt an, daß das Leben in Hamburg kostspielig sei. Wenn aber die Regierung aus dem Minister-Residenten einen Gesandten gemacht habe, so bemerke er, daß der Resident besser mit 1000 Thlr. existiren könne, als der Gesandte mit 10,000 Thlr. Das Haus lehnt die Mehrforderung von 2000 Thlr. ab, desgleichen die beantragte Zulage v. 6000 Thlrn. für den Militair-Bevollmächtigten in St. Petersburg. Die übrigen Titel dieses Etats, sowie der ganze Etat der Domainen- und Forstverwaltung werden ohne Bemerkung erledigt.

Der Vicepräsident v. Unruh übernimmt den Vorsitz. Der letzte Gegenstand der Tages-Ordnung sind Wahlprüfungen. Unter lebhafter Unruhe des Hauses macht der Referent verschiedene Bedenken geltend, die in der Abtheilung gegen die Wahlen einer Anzahl von Wahlmännern zur Sprache gebracht sind, und giebt dem Hause Kenntniß von einem Proteste gegen die Abgeordnetenwahlen, der verschiedene gesetzwidrige Beeinflussungen der Wahlmänner, namentlich durch Bedrohung der Schullehrer, Gemeindeschreiber 2c., sowie sonstige Unregelmäßigkeiteu bei der Wahl zur Sprache bringt.

Der Vicepräsident v. Unruh verkündet das Resultat der Wahlen zur Staatsschulden-Commission. Es sind gezählt: 1) Präsident Grabow mit 234, 2) der Abg. Hagen mit 230 Stimmen. Die beiden gewählten Mitglieder erklären sich zur Annahme der Wahl bereit und versichern auf den von ihnen geleisteten Verfassungseid strenge Erfüllung ihrer Amtspflichten. Da für das dritte Mitglied der Commission die absolute Majorität (136 Stimmen) nicht erreicht ist, so muß zu einer engeren Wahl zwischen den Abgg. Frech und Michaelis geschritten werden. — Abg. Parrisius (Brandenburg) beantragt die Wahl auf die morgende Sitzung zu vertagen; das Haus lehnt die Vertagung ab und schreitet sofort zur Wahl, deren Resultat nach der Sitzung ermittelt und morgen dem Hause mitgetheilt werden wird.

Schluß der Sitzung nach 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. Tagesordnung: Wahl der Präsidenten für die Dauer der Session.

14. Sitzung. Donnerstag, 10. Decbr.

Der Präsident Grabow eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Die Wahl der Kommission für das Anleihe-Gesetz ist erfolgt, sie besteht aus den Herren: Dr. Löwe (Bochum) Vorsitzender, v. Carlowitz, Stellvertreter des Vorsitzenden, Neubauer, Schriftführer, Dr. v. Bunsen, Stellvertreter des Schriftführers, Taddel, Müller (Anklam), Stavenhagen, Röpell, v. Sybel, Aßmann, v. Valentini, v. Bochum-Dolffs, Kreutz, v. Forckenbeck, Reichenheim, Sello, Voigtel, Dr. Kosch, Dr. Bender, Bahn und Twesten. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung; die Wahl des Präsidenten. Es werden bei derselben 280 Stimmzettel abgegeben. Zwei davon sind, weil unbeschrieben, ungültig. Von den übrigen erhalten Stimmen: Der Abg. Grabow 253, der Abg. v. Blankenburg 25. Der Abg. Grabow nimmt den Präsidentensitz mit folgenden Worten ein:

„Meine Herren! in der soeben vollzogenen Wiederwahl erblicke ich den erneuten Beweis Ihres alten, bewährten Vertrauens zu mir. Dadurch ermuthigt, folge ich Ihrer Berufung zu dem hohen, wichtigen, aber in den jetzigen inneren und äußeren Verhältnissen des Vaterlandes höchst schwierigen Amte mit dem allerlebhaftesten Danke. Ich werde dasselbe nach denjenigen Grundsätzen zu verwalten suchen, welche ich bei meiner Wahl vor vier Wochen ausgesprochen und bisher zu erfüllen bemüht gewesen bin. Wollen Sie mir aber auch, meine Herren, wie bisher dasselbe Wohlwollen und dieselbe Nachsicht in der Ausübung meiner schwierigen Amtspflichten schenken und mich dadurch unterstützen.

Das Haus schreitet nunmehr zur Wahl des ersten Vicepräsidenten des Hauses. Während das Resultat derselben von den Schriftführern ermittelt wird, erfolgt auf Antrag der zweiten Abtheilung vom Hause die Gültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten v. Guttry. Es hat sich nämlich bei der angestellten Untersuchung herausgestellt, daß Herr v. Guttry mittelst eines Telegrammes aus Brüssel rechtzeitig die Annahme seiner Wahl erklärt hat.

Dann erfolgt die Mittheilung des Resultates der Wahl. Es waren bei derselben abgegeben 267 Stimmzettel. Darunter befanden sich wieder zwei unbeschriebene; von den übrigen erhielten Stimmen: die Abgg. v. Unruh 213, Reichensperger 48, v. Bochum-Dolffs 2, v. Forckenbeck 1 und von Olberts 1. Der Abg. v. Unruh ist somit zum ersten Vice-Präsidenten für die Dauer der Session gewählt. Derselbe erklärt: er nehme die Wahl dankbar an und werde sich bemühen, das Vertrauen des Hauses zu rechtfertigen.

Man schreitet zur Wahl des zweiten Vicepräsidenten. Bei derselben werden 268 Stimmzettel abgegeben, von diesen erhalten die Abgeordneten v. Bockum-Dolffs 220, Reichensperger 21, von Denzin 26 und Olberts 1. Der Abgeordnete v. Bockum-Dolffs erklärt, daß er die auf ihn gefallene Wahl als ein Vertrauen des Hauses ansehe und dieselbe mit Dank annehme.

Zu Quästoren des Hauses werden ferner für die Dauer der Session ernannt: die Abgg. Parrisius (Brandenburg) und Riebold. — Die gestrige Wahl des dritten Mitglieds der Staatsschulden-Kommission hat als Resultat die Wahl des Abg. Michaelis ergeben. Dann wird die Sitzung um 2 Uhr 10 Minuten geschlossen.

Nächste Sitzung Morgen 10 Uhr. Tagesordnung: die beiden Interpellationen der Abg. Dr. Waldeck und Bellier de Launay und Budgetberichte.

Rundschau.

Berlin, 10. December.

— Die sämmtlichen Executionstruppen — auch die österreichischen — werden unter den Befehl des Prinzen Friedrich Karl von Preußen gestellt.

— Der Abg. Haacke (Stendal), einer der nach Gumbinnen versetzten Regierungsräthe, früher in Breslau, hat seinen Abschied aus dem Staatsdienste genommen.

— Der „Staatsanzeiger" theilt die Antwort Sr. Majestät des Königs auf die Einladung des Kaisers der Franzosen wie folgt mit: „Mein Herr Bruder! Indem Ew. Majestät den mir am 18. November durch Ihren Botschafter übergebenen Brief an mich richteten, durften Sie überzeugt sein, daß die hochherzigen Gesinnungen, von denen Sie erfüllt waren, bei mir diejenige herzliche Zustimmung finden würden, die ein Souverain, dem das Wohl seiner Völker am Herzen liegt, dem edeln Ziel nicht verweigern kann, welches Sie den europäischen Mächten durch Ihre Einladung zu einem allgemeinen Congresse stellen. Die Verträge von 1815 haben im Laufe eines halben Jahrhunderts nothwendigerweise diejenigen Veränderungen erfahren müssen, die der unwiderstehliche Einfluß der Zeit und der Ereignisse auf alle menschlichen Einrichtungen ausübt. Dessenungeachtet bilden aber diese Verträge immer noch die Grundlage, auf welcher das politische Gebäude Europas beruht. Für alle bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens interessirte Regierungen wird es also eine ihrer gemeinsamen Bemühungen würdige Aufgabe sein, diese Grundlage zu befestigen, diejenigen Theile derselben, welche bereits zerstört sind, oder beseitigt werden müssen, zu ersetzen, und die verkannten oder bedrohten Bestimmungen mit neuen Garantien zu umgeben. Dies ist das Werk, an dem ich mich von ganzem Herzen und mit der vollständigen Freiheit betheiligen werde, um meine Sorge für die allgemeinen Interessen Europas dabei zu Rathe zu ziehen, indem Preußen, da es die Grenzen der Verträge nie überschritten, kein bestimmtes Interesse hat, die Vereinigung eines Congresses zu veranlassen, oder zu verhindern. Diese Lage gestattet meiner Regierung, ihre unparteiische und uneigennützige Mitwirkung der Aufgabe zu widmen, unter den einberufenen Mächten eine vorläufige Verständigung über das Princip des Congresses zu Stande zu bringen und durch vorsichtig geführte Unterhandlungen die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche in einem ganz der Versöhnung und dem Frieden gewidmeten Werke, den Samen der Uneinigkeit ausstreuen könnten. Zu diesem Zwecke wird meine Regierung bereit sein, die Eröffnungen entgegen zu nehmen, welche ihr im Namen Ew. Majestät Behufs eines vorbereitenden Gedankenaustausches gemacht werden. Ich danke Ew. Majestät für die Gastfreundschaft, die Sie mir anzubieten die Güte haben, und bin überzeugt, daß ich in Paris die herzliche Aufnahme finden würde, welche mir die Erinnerung an meinen Aufenthalt in Compiégne so theuer macht; jedoch wird es eher die Aufgabe unserer vereinigten Minister sein, durch ihre Berathungen die Vorschläge, welche dem Congresse gemacht werden, zu erläutern und für die Beschlußnahme der Souveraine vorzubereiten. Ich ergreife diese Gelegenheit, um ihnen die Versicherung der Hochachtung nnd der ganz besonderen Freundschaft zu erneuern, mit denen ich bin Mein Herr Bruder Ew. Majestät guter Bruder. gez. Wilhelm."

— Die Antwort des Kaisers von Rußland auf den Congreßvorschlag Napoleon's III. lautet nach dem „Moniteur": „Mein Herr Bruder! Indem Ew. Majestät das tiefe Unbehagen Europas und die Zweckmäßigkeit eines Einverständnisses zwischen den Souveränen, denen die Geschicke der Nationen anvertraut sind, constatirt, spricht Sie einen Gedanken aus, den ich immer gehegt habe. Derselbe war mir mehr als der Gegenstand eines Wunsches, denn ich habe denselben zur Regel meines Verfahrens gemacht.

Alle Handlungen meiner Regiernng bezeugen den Wunsch, an die Stelle des bewaffneten Friedens, der so schwer auf den Völkern lastet, Beziehungen des Vertrauens und der Eintracht zu setzen. Ich habe, sobald es mir möglich war, die Iuitiative zu einer beträchtlichen Verminderung meiner militärischen Streitkräfte ergriffen; während eines Zeitraumes von 6 Jahren habe ich meinem Lande die Last der Recrutirung erlassen; ich habe ferner wichtige Reformen eingeführt, welche für eine fortschreitende Entwickelung im Innern und eine friedliche Politik nach außen bürgen. Wenn ich auch von diesem Wege mich entfernt habe, so geschah dies nur Angesichts von Eventualitäten, welche die Sicherheit und selbst die Integrität meiner Staaten bedrohten. Mein lebhaftester Wunsch ist, denjenigen Weg wieder betreten zu können und meinen Völkern Opfer zu ersparen, die ihr Patriotismus bereitwillig bringt, aber unter denen ihre Wohlfahrt leidet. Durch nichts könnte dieser Augenblick so bald herbeigeführt werden, wie durch eine allgemeine Beilegung der Fragen, welche Europa bewegen. Die Erfahrung bezeugt, daß die wahren Grundlagen der Ruhe der Welt weder in einer unmöglichen Unbeweglichkeit bestehen, noch in der Unbeständigkeit politischer Combinationen, welche jede Generation nach der Eingebung der Leidenschaften oder der Interessen des Augenblicks niederzureißen und wiederaufzubauen berufen wäre, sondern vielmehr in der politischen Weisheit, welche Jedem die Achtung vor den bestehenden Rechten auferlegt und zu allen Transactionen räth, welche nothwendig sind, um die Geschichte, die ein unauslöschliches Vermächtniß der Vergangenheit ist, mit dem Fortschritt, der ein Gebot der Gegenwart und der Zukunft ist, zu versöhnen. Ein auf diesen Grundlagen beruhendes loyales Einvernehmen der Souveräne hat mir immer wünschenswerth geschienen. Ich würde glücklich sein, wenn der von Ew. Majestät ausgehende Vorschlag dahin führen könnte. Aber damit derselbe zur praktischen Verwirklichung gelangen könnte, müßte er aus der Zustimmung der übrigen Mächte hervorgehen, und zur Erreichung dieses Resultats halte ich für unumgänglich, daß Ew. Majestät die Fragen präcisiciren wollen, welche nach Ihrer Ansicht den Gegenstand eines Einverständnisses bilden sollten, sowie die Grundlagen, auf denen dieses Einverständniß herzustellen wäre. In jedem Falle kann ich Ew. Maj. versichern, daß das Ziel, welches Sie verfolgt, nämlich ohne Erschütterung zur Beruhigung von Europa zu gelangen, immer meinen letzhaften Sympathieen begegnen wird. Ich ergreife zugleich diese Gelegenheit, um Ew. Maj. die Versicherung der Gefühle der Hochachtung und der aufrichtigen Freundschaft zu erneuern, mit denen ich bin Mein Herr Bruder, Ew. Majestät guter Bruder

Alexander.

Tsarskoe-Selo, den 6/18. November 1863."

— Das im Friedrichswerder erwählte Comité zur Entwerfung einer Petition an Se. Majestät in der Schleswig-Holsteinschen Sache hat folgende Petition festgestellt und in Circulation gesetzt:

„Allerdurchlauchtigster 2c. Eure Königliche Majestät haben unter der begeistertsten Zustimmung Ihres ganzen Volkes der Welt verkündigt, daß Preußen überall für das Recht einstehen wolle und werde. Das Volk hat dieses Wort, zu dem Eure Majestät sich wiederholt bekannt haben, in getreuem Herzen bewahrt und gedenkt desselben lebendiger, denn je, jetzt, wo es gilt, das Recht eines Deutschen Fürsten und eines Deutschen Volksstammes, das Recht und die Ehre Deutschlands zu schützen und gegen Beraubung zu wahren. Eure Majestät haben am 17. März d. J. die Stätte geweiht, auf welcher das Denkmal Ihres in Gott ruhenden Vaters erstehen soll, das Denkmal der glorreichsten Erhebung, der hingebendsten Treue von Fürst und Volk. Ganz Preußen, ganz Deutschland hat an den Tagen, die uns heilig sind, gelobt, daß die Söhne der Väter werth sein wollen. — Majestät! das Volk harrt Ihres Rufes, des Rufes, daß das Schwert die Scheide verlassen und nicht eher dahin zurückkehren soll, bis Schleswig-Holsteins volles Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit von Dänemark, sein Recht auf seinen angestammten Fürsten, seine untrennbare Verbindung mit Deutschland erobert und zugesichert ist. Das Volk in Waffen wird zu Eurer Majestät stehen, bis Friedrich Wilhelms IV. Wort erfüllt und die auf Schleswig-Holsteins Schlachtfeldern verpfändete Ehre eingelöst ist. Das ganze Volk wird freudig entschlossen die Opfer bringen, welche gefordert werden, nicht für eine Execution auf Grund von Verträgen, welche von Dänemark längst zerrissen sind, sondern damit Deutschlands, des Vaterlandes, heiliger Boden vom Feinde befreit, Deutschlands, Preußens Ehre von jedem Flecken gereinigt werde. Allergnädigster König und Herr! Vor fünfzig Jahren begann der schwere Kampf um des Vaterlandes Freiheit mit den Worten des Königs: „Meine Sache ist die Sache Meines Volkes!" Diese Einheit war die Macht, aus welcher der Sieg erwuchs. Vereinigen auch Eure Majestät — das ist der heiße Wunsch, die inständigste Bitte jedes Vaterlandsfreundes — Ihre Sache mit der Sache Ihres getreuen Volkes — und unser ist der Sieg. In tiefster Ehrfurcht 2c."

— Aus Glogau meldet man einen Brand, der in dem dortigen Artilleriepferdestalle ausgebrochen ist. Es ist dabei viel Fourage, auch Lederzeug verbrannt. Ob auch die Pferde umgekommen sind, weiß man noch nicht.

Aus Leipzig wird gemeldet, daß die Trichinen-Krankheit nun auch in dortiger Stadt aufgetreten ist. Die „Leipz. Nachr." schreiben darüber: „Von den in einer hiesigen Druckerei thätigen Arbeitern männlichen und weiblichen Geschlechts sind 3 in Leipzig und 3 in Reudnitz wohnhafte nach dem Genusse von rohem Schweinefleisch, erkrankt und befinden sich in ärztlicher Behandlung. Obrigkeitliche Erörterungen sind wegen dieses Falles bereits im Gange."

— Die Steuerverweigerung in den Herzogthümern ist jetzt organisirt. Zu einer am 5 December in Hamburg unter dem Vorsitz des Grafen v. Reventlow in „Streit's Hotel" stattgefundenen Versammlung waren Vertrauensmänner, meist bedeutende Gutsbesitzer aus Schleswig und Holstein, erschienen, um sich über die Ausführung zu besprechen, und haben die dort Versammelten im Namen vieler Tausende erklärt, sämmtliche Steuern von jetzt an nur an die Regierung des Herzogs Friedrich zu bezahlen. Es wurden zu diesem Zwecke sofort Vertrauensmänner erwählt, welche die Einkassirung der Steuern in diesem Sinne zu besorgen haben.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 11. December.

— Der von Herrn Rechtsanwalt Lipke gestern im Gewerbe-Verein gehaltene Vortrag war ebenso ausgezeichnet durch Sachkenntniß wie durch Anschaulichkeit und eine geistreiche Auffassung des Gegenstandes.

— [Theatralisches.] Seit langer Zeit hat keines der vielen in Berlin gegebenen Stücke heiteren Genres eine solche beifällige Aufnahme gefunden, wie die im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gegebene Posse „Pechschulze" von H. Salingré. Die Berliner Kritiker sind einstimmig des Lobes dieser Novität voll, und rühmen insbesondere die echt komischen Situationen, betrachten überhaupt diese jüngste Arbeit des talentvollen Verfassers als einen lobenswerthen Schritt zur Umkehr auf das Gebiet des alten deutschen guten Lustspiels. Wir müssen daher unsrer strebsamen Theaterdirection dankbar dafür sein, daß sie zuerst von allen deutschen Provinzialbühnen, diese Novität schon am nächsten Montage bei splendider Ausstattung zur Aufführung bringen läßt.

— Heute früh konnte sich ein Landmann bei dem Thor-Controlleure über den rechtmäßigen Besitz von 7 Säcken Bernstein (ca. 800 Pfd.) nicht legitimiren und wurde deßhalb die Ladung einstweilen mit Beschlag belegt. Durch zufällige Anwesenheit des Dorfschulzen gelang es indeß dem Eigenthümer bald darauf sein Besitzrecht nachzuweisen.

— Einem Stadt-Verordnetenbeschluß zufolge soll bei dem hiesigen combinirten Institut der Feuerwehr und der Schutzmannschaft die neu creirte Stelle eines Brandmeisters mit einem Jahrgehalt von 550 Thlrn. außer freier Wohnung besetzt werden. An Bewerbern wird es nicht fehlen.

— Morgen findet im Apollosaale die zweite Sinfonie-Soiree statt.

— Vorgestern brannte in Brattwin das Gehöft des Hofbesitzers Sieg nieder. Sämmtliches Vieh soll dabei zu Grunde gegangen sein.

— Das zweite Heft der Gerichtszeitung aus dem „Danziger Dampfboot" ist erschienen und in der Expedition des Dampfboots (Portechaisengasse 5.) zu haben, wie auch durch die Buchhandlungen zu beziehen.

Stadt-Theater.

Die Benefiz-Vorstellung, welche gestern für Herrn v. Karger stattfand, war von dem günstigsten Erfolge begleitet. Das Publikum hatte sich zu derselben nicht nur recht zahlreich eingefunden, sondern war auch während der ganzen Vorstellung in einer sehr animirten und heitern Stimmung. Der Herr Beneficiant wurde bei seinem Erscheinen auf der Bühne mit Applaus empfangen. Zugleich sah er sich dadurch geehrt, daß ihm einige Kränze zugeworfen wurden. Was nun aber den inneren dramatischen Werth des zur Vorstellung gewählten Stückes anbelangt; so werden wohl die Meinungen über denselben sehr verschieden sein. So viel steht indessen fest, daß es mit Geschick gemacht ist und daß der Herr Verfasser den Geschmack des Publikums kennt. Die Darstellung war eine äußerst sorgsame, fleißige und gelungene. Der Herr Beneficiant spielte den Arcier „Joseph v. Frohn." Für eine derartige Rolle hat derselbe die besten Mittel einzusetzen, zu denen namentlich das Chevalereske in seiner persönlichen Erscheinung gehört. Auf eine sehr anziehende Weise wirkte er aber auch in dieser Rolle durch innere Lebendigkeit und einen frischen Humor. — Frau Director Fischer, welche die Kaiserin „Maria Theresia spielte, war nicht nur überraschend kaiserlich durch ihre Toilette, sondern auch durch ihr Spiel, indem sie dem selbstbewußten Character der seltenen Frau auf dem Throne Oesterreichs einen mit weiblicher Würde gepaarten künstlerischen Ausdruck verlieh. Als „Joseph II." entwickelte Hr. Droberg ebenso Eleganz der Rede, wie Feinheit des Spiels und männliche Haltung. Die beiden Patres „Häsler" und „Richter" wurden von den Herren Ubrich und Hirsch vortrefflich gegeben, und waren namentlich die Masken der beiden Darsteller ergötzlich. — Lobende Anerkennung verdienen auch die Leistungen der Herren Varena und Schönleiter. Das Zusammenspiel befriedigte in jeder Beziehung. Welche Liebe und Sorgsamkeit der Darstellung dieses neuen Werkes des Herrn Arthur Müller hier zu Theil geworden, beweist der Umstand, daß eine so talentirte Darstellerin, wie Frau Hirsch, eine der kleinsten Rollen übernommen. Es wird im Interesse der Direction liegen, die Novität so bald als möglich zu wiederholen.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Eine schlaue Ausrede]. Unter der Anklage der einem Menschen zugefügten Körperverletzung erschien der 19 Jahre alte Knecht Joseph Schulz aus Abbau Grenzdorf vor den Schranken des Criminal-Gerichts. Die persönliche Erscheinung des Angeklagten war in Bezug auf die Anklage sehr auffallend. Denn er ist ein so behendes Kerlchen, daß ihn mancher Knabe von 13 Jahren an Körpergröße und Stärke der Glieder übertrifft. Dazu benahm er sich so schüchtern und sprach so leise und zart, daß man noch mehr darüber verwundert sein mußte, wie es diesem kleinen schwächlichen Menschen möglich geworden, einen starken Mann zu mißhandeln und demselben eine Körperverletzung beizubringen. Der Inhalt der gegen ihn erhobenen Anklage ist folgender: Als der Gutsbesitzer Herr Krause zu Abbau Grenzdorf den Joseph Schulz, der mit dem Knecht Ottmanski zusammen bei ihm diente und in einem Bette schlief, am Morgen des 11. Septbr. d. J. weckte, grollten beide Knechte darüber, daß sie aus der Ruhe gestört würden. Joseph Schulz ergriff in seinem Groll eine Heugabel, mit welcher er von hinten auf seinen Herrn schlug und stach, während Ottmanski mit einer Mistforke auf denselben einhieb. Die Körperverletzung, welche Herr Krause durch diese Mißhandlung erhielt, ist zwar keine schwere im Sinne des Gesetzes zu nennen und hat keine bösen Folgen gehabt, aber die Brutalität, mit welcher sie ausgeführt worden, fordert auf, gegen die Thäter mit der schärfsten Strenge des Gesetzes vorzugehen."— Der Mitangeklagte Ottmanski erschien aus dem Grunde nicht auf der Anklagebank, weil er nach der That flüchtig geworden und behufs der Vorladung nicht aufzufinden gewesen war. — Joseph Schulz hatte sich demnach allein gegen die Anklage auszulassen. Er fühle, sagte er, sich ganz unschuldig; er habe mit Ottmanski zusammen im tiefen Schlaf gelegen, da habe dieser, wie von einem großen Schreck erfaßt, plötzlich gerufen: Herr Gott, wer rettet? wer hilft? Zu gleicher Zeit habe er, Joseph Schulz, zwei auf seine Brust vermittels eines scharfen Instrumentes heftig gefallene Schläge gefühlt. Mit verschlossenen Augen und gleichsam träumend, habe er sich nichts anders denken können, als daß er und sein Kamerad von Dieben und Räubern angefallen worden sei. Nun sei er schnell aus dem Bette gesprungen, habe nach einer Waffe gesucht, zufällig eine Heugabel gefunden und sich gegen die dunkle Gestalt, welche er für einen Dieb gehalten, zur Wehre gesetzt. Es sei noch ganz finster und somit auch für ihn ganz unmöglich gewesen, zu erkennen, wen er vor sich gehabt; es thäte ihm unendlich leid, seinen Herrn für einen Spitzbuben gehalten zu haben und mit der Heugabel auf ihn losgegangen zu sein; aber es sei dies wegen des Schreckes und der Finsterniß nicht seine Schuld. — Nach dieser Auslassung des Angeklagten wurde der Damnificat, Herr Gutsbesitzer Krause, ein äußerst kräftiger

und in seinem ganzen Auftreten sehr determinirter Mann als Zeuge vernommen. Derselbe hatte ein kleines Stöckchen in der Hand und sagte, mit diesem kleinen Stöckchen habe er den beiden faulen Knechten, die trotz aller Weckversuche, noch im Bett gelegen, als schon die Sonne hoch am Himmel gestanden, eine kleine Züchtigung ertheilt. Diese hätten sie so übel aufgenommen, daß sie ihm von ihrer Schlafstelle im Stall bis auf den Hof gefolgt seien, um ihn hier anzugreifen. Daß sie ihn deutlich erkannt hätten, könne keinem Zweifel unterliegen; denn es sei ja, wie schon angedeutet, heller lichter Tag gewesen. Ueberdies habe sich Joseph Schulz nach diesem Vorfall zu einem auf dem Felde arbeitenden Knecht begeben und zu diesem gesagt, er sei von dem Herrn sehr unsanft geweckt und geprügelt worden, aber er habe es demselben dafür mit einer Heugabel von hinten gegeben und sei gesonnen, ihm noch mit einem Messer die Eingeweide vor die Füße zu legen. Der Angeklagte entgegnete hierauf, daß er allerdings zu einem auf dem Felde arbeitenden Knecht nach dem Vorfall gegangen sei, aber zu demselben keinesweges derartige Worte gesagt habe, wie sie von dem Herrn Zeugen angeführt worden. Vielmehr habe er zu dem Knecht etwa Folgendes gesagt: Mir ist heut ein großes Unglück passirt; ich hätte fast meinen eigenen guten Herrn mit der Heugabel erstochen; ich komme mir vor wie Kain, der seinen Bruder Abel erschlagen; ich möchte fliehen bis an das Ende der Welt!" Der hohe Gerichtshof schenkte der schlauen Ausrede des Angeklagten und seiner Beschönigungen keinen Glauben, sondern hielt ihn für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von 4 Wochen.

Meteorologische Beobachtungen.

Decbr.	Stunde	Barometer-Höhe in Par. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
10	4	335,53	4,9	SW. mäß. bew. Himmel.
11	8	330,13	3,1	W. stürm. bew. H. regn. Wett.
	12	329,61	4.8	W. do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 10. December.
Voss, Königin Elisabeth, v. Hartlepool, m. Kohlen u. Eisen. Zessin, Eintracht, v. Portsmouth, m. Ballast.
Angekommen am 11. December:
2 Dampfschiffe m. Ballast.
Gesegelt: 1 Schiff mit Gütern.
Nichts in Sicht. Wind: West.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 11. December.

Weizen, 110 Last, 133pfd. fl. 430, 435; 131.32pfd. fl. 422½; 132pfd. fl. 392½, 402½; 129.30pfd. fl. 392½; 130.31, 129.30 u. 128pfd. fl. 375; 129pfd. fl. 385; 127pfd. fl. 372; 126pfd. fl. 370 Alles pr. 85pfd.
Roggen, 127.28pfd. fl. 225 pr. 125pfd.
Gerste, große 114pfd. fl. 210 pr. 75pfd.
Weiße Erbsen fl. 240.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.